

15. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. März 1952

439/JA n f r a g e

der Abg. Neuwirth, Dr. Pfeiffer, Ebenbichler und
Genossen,

an den Bundeskanzler,

betreffend Bestellung eines Beauftragten für Flüchtlingsangelegenheiten.

-.--.-

Die halben und zögernden Entschlüsse in Flüchtlingsfragen, das Ausbleiben einer wirklichen Lösung des Heimatlosen-Problems in Österreich sind unter anderem darauf zurückzuführen, daß niemand, kein Amt, keine Persönlichkeit eine Gesamtverantwortung trägt. Denn wie sieht es auf diesem Gebiete bei uns aus? Die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen gehören in die Kompetenz der verschiedensten Ministerien. So liegen zum Beispiel die Frage des Aufenthaltes, der Einbürgerung und der Befürsorgung (soweit letztere nicht den Länderregierungen zufällt) beim Innenministerium; die arbeits- und sozialrechtlichen Fragen beim Sozialministerium; die Pensionen beim Finanzministerium; die Vertretung der Ansprüche gegenüber dem Heimatstaat beim Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten; die Sozialisierung der vertriebenen Bauern beim Landwirtschaftsministerium; die Eingliederung der Flüchtlinge in die österreichische Wirtschaft zum guten Teil beim Ministerium für Handel und Wiederaufbau; die Frage der Berufsausübung überhaupt von Fall zu Fall bei einem der anderen zuständigen Fachministerien.

Es besteht wohl in Österreich derzeit ein sogenannter Volksdeutscher Beirat, der jedoch, nach parteimäßigen Gesichtspunkten zusammengesetzt, seinen Aufgaben unseres Erachtens nicht gerecht wird und daher insbesondere für die volksdeutschen Heimatvertriebenen eine unzulängliche Vertretung darstellt. Es müßte daher dieser Beirat vor allem durch parteiungebundene Vertreter ausgewechselt werden. An die Spitze dieses Beirates wäre sodann ein Beauftragter aus dem Kreise der Volksdeutschen zu berufen, welcher mit den Agenden der Flüchtlingsangelegenheiten zu betrauen wäre und seinen Sitz im Bundeskanzleramt haben soll.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e:

1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, den derzeit bestehenden Beirat für Volksdeutsche im Sinne der oben geschilderten Darlegungen umzubilden?

2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, an die Spitze dieses Beirates einen Beauftragten für die gesamten Flüchtlingsangelegenheiten zu berufen, der die Möglichkeit hat, im Einvernehmen mit allen in Betracht kommenden Ministerien die Flüchtlingsfragen zu behandeln?

3.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, sowohl bei der Umbildung des Beirates als auch bei der Berufung des Beauftragten die Wünsche der heimatvertriebenen Volksdeutschen nach einer parteiungebundenen Interessenvertretung besonders zu berücksichtigen?

-.--.-.-